

Gezielt unterwandert

Wie rechte Ideologien ländliche Räume beeinflussen: Bei einem Fachtag in der LVHS Niederalteich diskutieren Experten, Landwirte und Vertreter aus der Praxis.

NIEDERALTEICH. „Unterwandlung von rechts – Zeichen erkennen. Kante zeigen“ – das war der Titel des Fachtags, bei dem Landwirtinnen und Landwirte, Fachleute aus Bildung und Verbänden sowie Vertreter aus der Praxis über die wachsende Gefahr rechtsextrem Einflussnahme auf den ländlichen Raum diskutierten.

Den Einstieg bildete ein Vortrag von Jacob Pfeifer, der in der politischen Bildung tätig ist. Er beleuchtete die Verbindungen zwischen den Bauernprotesten des Jahres 2024 und der gezielten Instrumentalisierung durch rechtsradikale Gruppierungen. Pfeifer machte deutlich, dass extrem rechte Akteure gesellschaftliche Krisen und wirtschaftliche Verunsicherung bewusst nutzen, um Vertrauen in demokratische Institutionen zu erschüttern. Sie verbreiteten Feindbilder, versuchten wissenschaftliche Erkenntnisse infrage zu stellen und ersetzten Fakten durch Populismus und Fake News. Die wirtschaftliche Lage in Deutschland negativ darzustellen, antisemitische und rassistische Verhaltensweisen zu stärken, die Klimakrise zu verharmlosen oder zu leugnen – dahinter stecke am Ende das übergeordnete Ziel der extrem Rechten. „Das Endziel ist die Überwindung der demokratischen Strukturen.“

Auch die Bauernproteste seien von solchen Kräften vereinnahmt worden, erklärte Pfeifer, wobei er klarstellte, dass natürlich nicht alle Teilnehmer dem

rechten Spektrum zuzuordnen seien. Mit Parolen wie „Wir sind das Volk“ oder „Wir gegen die da oben“ versuchten sie, ein unpolitisch oder volksnahes Image zu schaffen und zugleich Spaltung zu säen. Viele Themen seien plötzlich mit in den Topf der Proteste geworfen worden, die mit den eigentlichen Zielen nichts zu tun gehabt hätten. „Emotionen und Wut waren hier das Einfallstor für viele andere Themen, wie zum Beispiel ‚Remigration‘ und ‚Genderwahnsinn‘“, nannte er einige Beispiele. Soziale Medien spielten dabei eine zentrale Rolle: Plattformen, die gerade in der jungen Generation oft als einzige Informationsquelle dienen, verstärkten die Reichweite der extremen Botschaften erheblich.

Die Ziele rechter Gruppierungen, so der Referent, seien vielfältig. Hin-

ter all dem stehe jedoch ein übergeordnetes Ziel: demokratische Strukturen zu untergraben und die Gesellschaft zu polarisieren. Pfeifer machte deutlich, dass viele landwirtschaftliche Jugendverbände diesem Versuch entschlossen entgegentreten. Eine gemeinsame Kampagne habe damals unmissverständlich signalisiert: „Wir lassen uns nicht von extrem Rechten instrumentalisieren.“

Im Anschluss stand die Frage im Raum, wie man als Einzelner und als Organisation reagieren kann. Demokratie, so Pfeifer, lebe vom Widerspruch, nicht vom Schweigen. Klare Satzungen, Hausverbote, Gegenproteste oder Kooperation mit Beratungsstellen könnten wirksame Strategien sein – auch wenn sie Mut und Standhaftigkeit erfordern. Einen wichtigen Beitrag zur Demokratieförderung leistet auch das landwirtschaftliche Ausbildungssystem. Fabian Werner, Schulleiter der Landwirtschaftsschule Passau und der Höheren Landbauschule Rotthalmünster, erläuterte, wie im Fach Politik und Gesellschaft demokratische Grundlagen vermittelt werden. Doch auch in anderen Fächern, betonte er, sei die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Themen unverzichtbar. Mit Sorge beobachte er, dass in immer mehr bürgerlichen Haushalten keine Tageszeitung mehr gelesen werde. Die Fähigkeit, längere Texte zu verstehen, gehe verloren – eine Entwicklung, die eine fundierte Meinungsbildung erschwert.

Kritische Stimmen kamen auch aus den landwirtschaftlichen Verbänden. Josef Schmid, Landesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) Bayern, berichtete, dass sich die AbL frühzeitig und deutlich von rechtsextremen Strömungen distanziert und sich kritisch auch mit den Bauernprotesten auseinander gesetzt habe. Menschlichkeit und Menschenrechte seien fest in der Satzung verankert. Mit Blick auf die Bauernproteste habe Schmid ein zunehmend aggressives Auftreten und Verunsicherung als Reaktion in der Bevölkerung festgestellt. Peter Huber, Direktor des Bayerischen Bauernverbands Niederbayern, hob ebenfalls die demokratischen Strukturen seines Verbandes hervor. Wichtig sei, klare Grenzen zu ziehen und sich nicht vereinnah-



Nicht mit uns: Auch bei den Bauernprotesten im vergangenen Jahr traten einige Verbände und Einzelpersonen dem Versuch rechter Gruppierungen entgegen, die Proteste zu unterwandern und die Gesellschaft zu polarisieren.
Foto: Imago/Ardan Fuessmann

men zu lassen. Gleichzeitig brauche es Menschen, die sich vor Ort kümmern, sowie politische Rahmenbedingungen, die landwirtschaftlichen Betrieben Planungssicherheit geben.

Am Nachmittag rückte der Workshop „Ökologie von rechts: Rechtsextreme Ideologien im Natur- und Umweltschutz“ in den Mittelpunkt. Eine Referentin der Fachstelle FARN (Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz) zeigte auf, wie rechtsextreme Gruppen ökologische Themen für ihre Zwecke missbrauchen. Umweltschutz bedeutet hier in erster Linie „Heimatschutz“ oder „Volksschutz“.

„Ein Leitgedanke ist für extrem Rechte die ‚natürliche Verbindung von Volk und Lebensraum‘, auch ‚Blut-und-Boden-Ideologie‘ genannt“, stellte die Referentin fest. Die Teilnehmenden erfuhren, dass demokratische Organisationen des Umwelt- und Naturschutzes immer wieder mit Kooperationsanfragen und Unterwanderungsversuchen konfrontiert werden. Der Workshop sensibilisierte für diese Strategien und machte deutlich, wie wichtig

es ist, historische und aktuelle Verflechtungen zu erkennen.

Zum Abschluss diskutierte die rund 30-köpfige Runde, ob Menschen mit rechten Positionen in solche Veranstaltungen einbezogen werden sollten. Während einige darin eine Chance sahen, falsche Argumente im Diskurs zu entkräften, warnten andere vor der Gefahr, dass Meinungen ohne die Bereitschaft zum Dialog platziert werden und der Diskurs gesprengt wird. Einigkeit herrschte jedoch darüber, dass Räume geschaffen werden müssen, in denen eine offene, kritische und zugleich geschützte Auseinandersetzung möglich bleibt.

Geleitet wurde der Fachtag von Barbara Messerer, Bildungsreferentin für Landwirtschaft und Ökologie an der LVHS. Unterstützt wurde die Veranstaltung vom Ökosozialen Forum Niederalteich, dem Landesbildungswerk KLB Bayern und dem KDFB-Diözesanverband Passau. Gefördert wurde sie von der Amadeo-Antonio-Stiftung, die sich bundesweit für eine starke, demokratische Zivilgesellschaft einsetzt.